

Niederschrift über die 37. Sitzung der STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG in der Wahlperiode 2016–2021 am Montag, dem 16. November 2020 im Kulturhaus Trais

Tagesordnung

1 Mitteilungen

- a) des Stadtverordnetenvorstehers
- b) des Magistrats

Teil B – mit Beratung

2 Ergänzung der Wasserversorgungssatzung (WVS)

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

3 Einrichtung eines Kultur-Cafés im Stt. Gambach, Obergasse 70

- a) Bericht des Magistrats
- b) Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung und Ausschuss für soziale und kulturelle Angelegenheiten unter Beteiligung des Ortsbeirates Gambach

4 Abschluss einer Städtepartnerschaft mit Carpineti (Italien)

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

5 Barrierefreie Gestaltung von städtischen Einrichtungen - Entwurfsplanung für den barrierefreien Zugang des Rathauses in Münzenberg

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

6 Beschluss zur Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 „Nördlich der neuen Schule“ im Stadtteil Gambach

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

7 Projekt „Jugend entscheidet“

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

8 Antrag der CDU Fraktion vom 02.11.2020 zur finanziellen Unterstützung des Betreuungsvereins „Burgkinder“

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

9 Antrag der SPD Fraktion vom 02.11.2020 zur finanziellen Unterstützung des Betreuungsvereins „Burgkinder“

- a) Bericht des Magistrats
- b) Beratung und Beschlussfassung

- 10 Antrag der SPD Fraktion vom 02.11.2020 zum Beitritt der Wohnungsbaugesellschaft des Wetteraukreises**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung
- 11 Antrag der SPD Fraktion vom 02.11.2020 zur Wasserampel für die Stadt Münzenberg**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung
- 12 Antrag der SPD Fraktion vom 02.11.2020 zur besseren Busverbindung an die Schule in Wölfersheim**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung
- 13 Gemeinsame Anfrage der CDU- und SPD Fraktion vom 02.11.2020 zum Besucherzentrum Burg Münzenberg**
a) Bericht des Magistrats
- 14 Anfrage der CDU Fraktion vom 02.11.2020 zur Stadtmauersanierung**
a) Bericht des Magistrats

Anwesenheit:

Magistrat

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer, Erster Stadtrat Alexander Heise, Stadtrat Carsten Bolz, Stadtrat Klaus Ohly, Stadträtin Cornelia Scheurich, Stadtrat Norbert Schwab, Stadtrat Hagen Vetter, Stadtrat Karl Heinz Alles „e“

Stadtverordnete:

01 Bender, Wilfried	10 Haas, Rudolf	20 Berg, Ronald
02 Eiser, Dirk	11 Herrmann, Markus	21 Hoppe, Richard
03 Heise, Thomas	12 Hüttl, Peter	22 Schaback, Armin
04 Kaiser, Stefan „e“	13 Laspoulas, Haris	23 Thiele, Sascha
05 Klein, Wolfgang	14 Metzger, Horst „e“	
06 Müller, Gerold	15 Müller, Matthias „e“	
07 Reuhl, Kurt	16 Müller, Thomas	
08 Schepp, Thorsten	17 Prockl, Harry	
09 Wendel, Ina	18 Tschertner, Manfred	
	19 Vetter, Sabine „e“	

Abwesend (entschuldigt „e“, unentschuldigt „u“)

Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr

Ende der Sitzung: 22.10 Uhr

Schriftführer: Manfred Müller

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner eröffnet die 37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Er entschuldigt sich bei den zahlreich erschienenen Besuchern für die Ortswahl. Aufgrund nicht abgeschlossener Umbauarbeiten im Zusammenhang mit der vorübergehenden Nutzung des Bürgerhauses Gambach stand dieses für die Stadtverordnetenversammlung nicht zur Verfügung.

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner informiert über den geänderten Ablauf der Sitzung zur Einhaltung der geltenden Corona-Maßnahmen. Alle 20 Minuten erfolgt eine Sitzungsunterbrechung zum Lüften.

Die Stadtverordnetenversammlung war durch Einladung ihrer Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen. Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung keine Einwände erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Für die FWG Fraktion kritisiert der Fraktionsvorsitzende Ronald Berg die wegen fehlender Unterschriften lt. HGO nicht zulässigen Anträge von SPD und CDU (TOP 08-12). Es wird an eine entsprechende Einigung aus der Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2020 erinnert. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung lässt die vorliegende Tagesordnung abstimmen. Die ursprüngliche Tagesordnung wird mit **15-JA und 4-Enthaltungen**, somit mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit angenommen.

Für die SPD Fraktion beantragt der Fraktionsvorsitzende Markus Herrmann mit Unterstützung der CDU-Fraktion die Absetzung des TOP 4 „Abschluss einer Städtepartnerschaft mit Carpineti (Italien)“ von der Tagesordnung und um die Verschiebung des Themas um ein Jahr.

Begründung: Der aktuelle Zeitpunkt für die Gründung einer Städtepartnerschaft wäre ungeeignet, da die Ressourcen der Stadt während der Corona-Pandemie anderweitig genutzt werden sollte.

Bürgermeisterin Tammer erläutert, dass bisher keinerlei Verwaltungsressourcen für die Städtepartnerschaft eingesetzt wurden und dass alle anfallenden Arbeiten ehrenamtlich von der Gruppe „Amici Münzenberg – Carpineti“ geleistet werden.

Mit 14-JA, 4-Nein und 1 Enthaltung wird der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Anmerkung:

Die Nummerierungen der Tagesordnung ab TOP 5 ändert sich entsprechend (aus 5 wird 4 etc.).

Zu TOP 1a):

Keine

Zu TOP 1b):

Die Mitteilungen des Magistrats liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Zu TOP 2a):

Für den Magistrat berichtet Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer über die Ergänzung der Wasserversorgungssatzung (WVS). Diese ist notwendig durch die von der Bundesregierung reduzierten Umsatzsteuersätze in der Zeit von 01.07.2020 bis 31.12.2020. Zur Umsetzung dieser Steuersenkung ist § 26 der Satzung um eine Nr. 4 zu ergänzen:

**4. Soweit ein Ablesezeitraum im Zeitraum vom 01.07.2020 bis zum Ablauf des 31.12.2020 endet, gilt abweichend von § 26 Nr. 3 für den jeweiligen Ablesezeitraum eine Gebühr wie folgt:
Der Gebührensatz beträgt pro Kubikmeter 2,00 Euro. Dieser enthält die gesetzliche Umsatzsteuer.**

Beschlussvorschlag:

Die vorgeschlagene Gebührenergänzung wird beschlossen. Der Magistrat wird beauftragt, die Wasserversorgungssatzung insgesamt neu bekannt zu machen.

Zu TOP 2b):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Zu TOP 3a):

Der Magistrat unterstützt eine Bürgerinitiative aus Gambach bei der Gründung eines Mehr-generationen-Treffpunkts „Kulturcafé Nebenan“. Die Initiative möchte die derzeit leerstehende städtische Immobilie Obergasse 70 für ihr Projekt nutzen. Der Magistrat begrüßt ausdrücklich die Initiative und hält das Objekt Obergasse 70 grundsätzlich für geeignet.

Von Seiten des Magistrats wird darauf hingewiesen, dass sich bezüglich der Obergasse 70 noch ein Antrag der SPD im Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung befindet, der besagt, dass das Grundstück zum Neubau eines Mehrfamilienhauses zur Einrichtung von Sozialwohnungen verwendet werden soll.

Es soll den Projektinitiatoren zunächst die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vorstellungen im Rahmen einer Präsentation in den Ausschüssen Bauen, Ökologie und Planung und den Ausschuss für Soziale und Kulturelle Angelegenheiten unter Beteiligung des Ortsbeirates Gambach vorzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat empfiehlt den Stadtverordneten, den Antrag der Bürgerinitiative Kulturcafé „Nebenan“ zur näheren Information in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung und den Ausschuss für Soziale und Kulturelle Angelegenheiten unter Beteiligung des Ortsbeirates Gambach zu überweisen.

Zu TOP 3b):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Zu TOP 4a):

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer berichtet im Zusammenhang der von der Stadtverordnetenversammlung in Auftrag gegebenen Prüfung der Möglichkeiten zur Schaffung barrierefreier Zugänge für alle städtischen Häuser. Danach käme allein das Rathaus im Stadtteil Münzenberg in Frage. Frau Dr. Tammer berichtet über die Entwurfsplanung für einen barrierefreien Zugang inkl. anstehender Renovierungsarbeiten. Da die verschiedenen Gewerke und Maßnahmen zusammenhängen bzw. ineinandergreifen, empfiehlt sich eine ganzheitliche Vorgehensweise. Geplant ist der Einbau eines Aufzugs, die Erstellung eines barrierefreien Zugangs über das bisherige Trauzimmer, die Sanierung von Sanitäranlagen und Elektrik sowie eine Vergrößerung der Küche im OG.

Eine vorläufige hausinterne Kostenschätzung beläuft sich auf 427.260 €. Der Betrag soll zu 90 % aus der Hessenkasse gegenfinanziert werden, so dass auf die Stadt Münzenberg Ausgaben in Höhe von ca. 45.000 € zukommen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat empfiehlt dem Stadtparlament die vorliegende Planung zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung zu überweisen.

Zu TOP 4b):

Ergänzend zur Beschlussvorlage des Magistrats beauftragen die Stadtverordneten den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung bei den Beratungen die Entwicklung des geplanten Besucherzentrums zu berücksichtigen. Der ergänzte Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Zu TOP 5a):

Gemäß § 2 (1) BauGB soll der Bebauungsplan Nr. 1 „Nördlich der neuen Schule“ im Stadtteil Gambach für den Bereich eines Gärtnergeländes geändert werden. Die Flächen werden zukünftig als „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) mit überbaubaren Grundstücksflächen, für eine Bebaubarkeit mit 4 Wohngebäuden festgesetzt. Der Geltungsbereich des Plangebietes umfasst ausschließlich die Grundstücksparzellen 133 und 134 sowie eine Teilfläche der Fahrgasse. Mit den Grundstückseigentümern der Flächen 130 – 132 konnte keine Einigkeit zum Abschluss eines Erschließungsvertrages erzielt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat empfiehlt den Stadtverordneten den Aufstellungsbeschluss der 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 1 „Nördlich der Schule“ im Stadtteil Gambach so zu beschließen.

Zu TOP 5b):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Zu TOP 6a):

Für den Magistrat informiert Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer über das Projekt „Jugend entscheidet“ der Hertie Stiftung. Das Projekt verfolgt das Ziel, Jugendliche im Alter von 12-15 Jahren für Politik zu interessieren. Da Jugendliche derzeit kaum durch politische Parteien erreicht werden, sollen sie in diesem Projekt nicht nur beraten, sondern selbst entscheiden und die Kommunalpolitiker geben konkrete Entscheidungen an die Teilnehmer ab. Kooperationspartner der Hertie Stiftung für die Projektdurchführung ist „Politik zum Anfassen e.V.“, ein gemeinnütziger, eingetragener Verein der seit 2006 Politische Bildung und Medienprojekte für Schulklassen und Erwachsene entwickelt. Die Hertie-Stiftung beteiligt sich weiter mit einem Sachkostenzuschuss von 5000,-€ an dem Projekt.
Detaillierte Projektbeschreibung unter: www.jugendentscheidet.de/bewerbung/faq

Beschlussvorschlag:

Das Kinder- und Jugendbüro setzt dieses Projekt mit Unterstützung der kommunalen Politik und der Verwaltung in der Stadt Münzenberg um. Der Magistrat wird beauftragt, die Bewerbung fristgerecht bis zum 04.12.2020 einzureichen.

Zu TOP 6b):

Der Beschlussvorschlag wird bei **1 Enthaltung** angenommen.

Anmerkung:

Aufgrund der inhaltlichen Nähe entscheiden die Stadtverordneten, die TOP 7 und 8 gemeinsam abzuhandeln.

Zu TOP 7a) / 8a):

Für die CDU Fraktion informiert der Fraktionsvorsitzende Gerold Müller über die Situation des Betreuungsvereins Burgkinder e.V. und empfiehlt die finanzielle Unterstützung des Vereins (TOP 7). Für die SPD Fraktion empfiehlt Peter Hüttl die finanzielle Unterstützung (TOP 8). Die Corona-Pandemie führte zu sinkenden Betreuungszahlen. Durch die geringere Auslastung decken die Elternbeiträge nicht mehr die Betriebskosten des Vereins.

Für den Magistrat informiert Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer darüber, dass nach Rücksprache mit der Johanniterschule die im aktuellen Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 3000,-€ bereits an den Burgkinder-Verein weitergeleitet wurden.

Für die FWG-Fraktion bemerkt der Fraktionsvorsitzende Ronald Berg, dass neben den bisherigen Zuschüssen dem Betreuungsverein auch vom Kreis ein zusätzliches Beratungsangebot unterbreitet wird und stellt daher den Antrag, das Thema in den Ausschuss für soziale und kulturelle Angelegenheiten zu überweisen um dort über die langfristige Zukunft des Vereins Burgkinder e.V. zu beraten.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird von Stadtverordnetenversammlung beauftragt, ein Rettungskonzept für den aufgrund der COVID-19 Pandemie in Not geratenen Betreuungsvereins „Burgkinder“ zu erarbeiten, um den Weiterbestand dieses Betreuungsangebotes an der Johanniter-Grundschule Münzenberg und Gambach zu sichern.

Als Akuthilfe sollen Mittel aus dem laufenden Haushalt 2020 in Höhe von 3000€ gezahlt werden. Zur Deckung sollen die nicht abgerufenen Haushaltsmittel der Johanniter Grundschule, nach Rücksprache mit der Schulleitung, verwendet werden.

Für das Jahr 2021 sollen Mittel im Haushalt für eine monatliche Unterstützung von bis zu 1000€ eingeplant werden. Die Mittel werden zur Bewältigung der Pandemiephase zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus soll die Verwaltung der Stadt Münzenberg den Verein auf dessen Wunsch bei der Erlangung von Fördermitteln, insbesondere (aber nicht ausschließlich) aus dem Förderprogramm zur Weiterführung der Vereins- und Kulturarbeit des Landes Hessen unterstützen.

Zu TOP 7b)/8b):

Der Antrag der FWG Fraktion wird bei **4- Ja Stimmen** und **15- Nein Stimmen** abgelehnt.

Die Anträge von CDU- und SPD-Fraktionen werden bei **15-Ja Stimmen** und **4 Enthaltungen** angenommen.

Zu TOP 9a):

SPD Fraktionsvorsitzender Markus Herrmann erläutert den SPD-Antrag zum Thema: „Beitritt zur Wohnungsbaugesellschaft des Wetteraukreises“. Vor dem Hintergrund der sich immer weiter verschärfenden Wohnungsnot im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main und dem geringen Anteil an preisgünstigem Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen, begrüßt die SPD die Entscheidung des Kreistags des Wetteraukreises, die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu beschließen. Die SPD Münzenberg hält die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Menschen mit geringen Einkommen für eine kommunale Aufgabe der Grundversorgung.

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer erklärt, dass aktuell noch keiner weiß, unter welchen Bedingungen wer sich der geplanten Wohnungsbaugesellschaft anschließt, da noch kein Konzept durch den Kreisausschuss erstellt wurde. Der Magistrat empfiehlt daher bis zu dieser Konkretisierung eine Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Für die FWG-Fraktion stellte ihr Vorsitzender Ronald Berg klar, dass die FWG den Antrag der SPD grundsätzlich positiv sieht. Er hält allerdings eine Reaktion in Form einer Willensbekundung für zu früh. Noch seien die Rahmenbedingungen unbekannt.

Für die CDU Fraktion führt Vorsitzender Gerold Müller aus, dass seine Fraktion den Kreistagsbeschluss ebenfalls grundsätzlich begrüße, einen konkreten Beschluss könne man aber erst fällen, wenn das Projekt konkreter werde und ein Konzept vorliege. Daher bittet er darum, Punkt 3 in der Beschlussvorlage zu streichen.

(Punkt 3 in der Antragsvorlage:

Die für den Beitritt zur GmbH erforderliche Stammeinlage in Höhe von 25.000 € wird auf Grundlage des § 100 HGO zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über die allgemeine Rücklage.)

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Herrmann präzisierte die Absicht des Antrags – man wolle keinen Blankoscheck ausstellen, sondern vielmehr dem Kreistag ein Signal senden und das grundsätzliche Interesse der Münzenberger Stadtverordnetenversammlung dokumentieren. Er stimmt der Streichung des Punktes 3 zu.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, dem Wetteraukreis mitzuteilen, dass die Stadt grundsätzlich daran interessiert ist, der zu gründenden Wohnungsbaugesellschaft GmbH des Wetteraukreises beizutreten.
2. Der Magistrat soll für die weiteren Beratungen und den konkreten Beitritt die weiteren Rahmenbedingungen abfragen und dazu eine entsprechende Beschlussempfehlung erarbeiten.
3. Dieser TOP wird in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Zu TOP 9b):

Der Antrag der SPD Fraktion wird **einstimmig -bei 1 Enthaltung** - angenommen.

Zu TOP 10a):

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Herrmann erläutert für seine Fraktion den Antrag zum Thema „Wasserampel für die Stadt Münzenberg“. In Anlehnung an die Einführung einer sog. Wasserampel durch die OVAG für die von ihr versorgten Kommunen soll geprüft werden, ob ein solches System auch für Münzenberg sinnvoll sei. So sollen die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Wasserverbrauch und den sparsamen Umgang mit dem immer knapper werdenden wertvollen Gut Wasser sensibilisiert werden.

Für den Magistrat weist Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer darauf hin, dass die Stadt bereits einen eigenen dreistufigen Eskalationsplan zur Kommunikation der aktuellen Lage bei der Wasserversorgung an die Bürgerinnen und Bürger besitzt. Es gibt in der Stadt ein Warnsystem das auf täglichen Kontrollen der Pegelstände fußt und eine sofortige Reaktion möglich macht. Grundsätzlich bestehe bei all diesen Instrumenten das Problem, dass die Bürgerinnen und Bürger sich diese Informationen selbst holen müssen (Homepage, Presse).

FWG-Fraktionsvorsitzender Ronald Berg lehnt den SPD Antrag ab, da sich das OVAG-Prinzip nicht auf die Verhältnisse in der Stadt Münzenberg übertragen lasse, da wir uns über eigene Brunnen selbst versorgen und dafür selbst die Kontrolle haben.

Für die CDU Fraktion begrüßt Fraktionsvorsitzender Gerold Müller den Antrag. Es mache Sinn, sich zu informieren. Ihm geht allerdings Punkt 3 des Beschlussvorschlags zu weit und plädiert daher für die Streichung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat wird beauftragt, sich mit der OVAG in Verbindung zu setzen und sich die Grundlagen für die Wasserampel erläutern zu lassen.
2. Diese Informationen sollen der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden.
3. *Ziel soll sein, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Münzenberg eine vergleichbare Wasser-ampel zur Verfügung zu stellen, um auch hier, wie im Rest der Wetterau, eine Sensibilisierung für das immer knapper werdende wertvolle Gut Wasser zu erreichen.*

Zu TOP 10b):

Der Antrag der SPD Fraktion **ohne** Punkt 3 wird bei **15- Ja Stimmen** und **4 Nein-Stimmen** angenommen.

Zu TOP 11a):

Für die SPD-Fraktion informiert Peter Hüttl über das Thema „Bessere Busverbindung an die Schule in Wölfersheim“: Durch sehr frühe Abfahrtszeiten sind Münzenberger Kinder, die die Singbergschule in Wölfersheim besuchen, bereits ca. eine Stunde vor Unterrichtsbeginn vor Ort. Insbesondere in den Wintermonaten besteht keine Möglichkeit die beheizten Räumlichkeiten im Zeitraum zwischen 7 und 8 Uhr zu betreten. Die VGO hat Änderungen an diesem Zustand bisher mit dem Argument des effizienten Einsatzes der Betriebsmittel abgelehnt. Eine dauerhafte Benachteiligung der Münzenberger Schüler kann aber nicht die Folge dieses wirtschaftlichen Vorgehens sein.

Für den Magistrat informierte Bürgermeisterin Dr. Tammer, dass es ein Gespräch mit der Schulleitung der Singbergschule gegeben habe. Fakt ist, dass die früh eintreffenden Schüler doch die Möglichkeit haben, sich bis kurz vor Unterrichtsbeginn im beheizten Foyer aufzuhalten. Der Magistrat gerne bereit, das Thema nochmals anzugehen.

Für die FWG-Fraktion weist Ronald Berg darauf hin, dass der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung an der falschen Adresse sei. Es handele sich nicht um Schulbusse, sondern um reguläre Linienbusse, mit denen die Kinder nach Wölfersheim fahren. Zuständig sei hier der Kreis. Er kritisierte die generell schlechte Anbindung der Stadt Münzenberg an den öffentlichen Personen-Nahverkehr.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Gerold Müller, konstatierte, dass dieses Problem nicht neu sei. Die Öffnung der Räume sieht er als Kompromiss. Dennoch soll der Magistrat versuchen, eine bessere Lösung für die Schüler*innen aus allen Münzenberger Stadtteilen zu suchen.

Mit Verweis auf die steigenden Zahlen der Kinder, die an die Singbergschule wechseln, bekräftigte Markus Herrmann für die SPD Fraktion den Wunsch, dass der Magistrat mit allen Beteiligten ins Gespräch geht und ein besseres Konzept erarbeitet wird.

Beschlussvorschlag:

CDU-Fraktionsvorsitzender Gerold Müller regte an, den Antrag umzuformulieren in: Der Magistrat wird aufgefordert, mit allen Verantwortlichen Kontakt aufzunehmen um die Busverbindung für die Kinder aus allen Münzenberger Stadtteilen zur Singbergschule Wölfersheim zu verbessern.

Für die SPD Fraktion stimmte der stellv. Fraktionsvorsitzende Peter Hüttl zu.

Zu TOP 11b):

Der neue Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Zu TOP 12a):

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer gibt folgende Antworten auf die gemeinsame Anfrage der CDU- und SPD-Fraktion vom 02.11.2020 zum Besucherzentrum Burg Münzenberg:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand des Projektes? Welche Schritte wurden bisher gemacht, um das Projekt zu realisieren?

- Es fanden Besprechungen zwischen der Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten (VSG) und der Stadt Münzenberg statt und es wurde wiederholt die Verlässlichkeit in Hinblick auf den geplanten Bau des Zentrums von Seiten der VSG betont.

2. Wie sieht die Abstimmung mit den entsprechenden Behörden aus?

- Die Untere Denkmalschutzbehörde hat grundsätzlich Einverständnis für die Erstellung eines Besucher- und Informationszentrums signalisiert, selbstverständlich gibt es hier noch Abstimmungsbedarf. Baurechtlich spricht nach interner Prüfung ebenfalls nichts gegen den Bau.

3. Wurde das Grundstück an die Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten verschenkt wie ursprünglich von dieser Verwaltung gewünscht?

- Der Schenkungsvertrag wurde bereits im Herbst 2019 an die VSG gesandt und ein diesbezüglicher Besprechungs- und Abstimmungstermin für Januar festgelegt. Dieser musste von Seiten der VSG abgesagt werden.

Im Moment ist der eigentliche Schenkungsvertrag noch in der Abstimmung, wir haben uns aber mit der VSG darauf geeinigt, dass ein Vorvertrag bis zum Jahreswechsel erstellt wird, damit mit dem Bau so schnell wie möglich begonnen werden kann.

4. Wie sieht die rechtliche Situation in diesem Zusammenhang aus? Wer ist Eigentümer der Fläche? Müssen hier evtl. noch Anpassungen/Änderungen vorgenommen werden?

- Eigentümer ist zurzeit die Stadt Münzenberg. Das Ziel, das Grundstück zu verschenken wird weiterverfolgt. Eigentümer wäre dann der „Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen“.

5. Welche Zuschüsse können evtl. zur Realisierung des Projektes generiert werden?

- Kann unsererseits nicht beantwortet werden, da wir nicht die Bauherren sind.

6. Wurde die Stadtmauer auf diesem Grundstück auf die Notwendigkeit einer Sanierung untersucht und die entsprechenden Kosten ermittelt?

- Ja, das fand bereits 2018 statt im Rahmen der Beantragung der entsprechenden Mittel zur Sanierung der Stadtmauer. Es wird seitens der Verwaltung nicht davon ausgegangen, dass sich innerhalb von zwei Jahren daran etwas maßgeblich geändert hat.

7. Inwieweit wurden Gespräche mit dem Freundeskreis Burg und Stadt Münzenberg aufgenommen, da dieser Verein damals finanzielle als auch personelle Unterstützung in Aussicht gestellt hatte?

- Der Freundeskreis BSM hatte seinerzeit für die Sanierung der Mauer bereits die stattliche Summe von 6666,- € zugesagt. Weitere Gespräche wurden bezüglich einer finanziellen und personellen Unterstützung des Besucherzentrums mit dem Freundeskreis noch nicht geführt, da aktuell noch keine Veranlassung bestand.

8. Wie sieht die weitere Planung aus?

- Der Bau des Zentrums liegt allein in der Hand der Schlösserverwaltung, von unserer Seite wurde darum gebeten, die Umsetzung so schnell wie möglich in die Wege zu leiten und wir bleiben dran.

Zusatzfrage: Bitte dazu eine konkrete Zeitschiene vorlegen.

- Im letzten Gespräch haben wir versucht VSG auf einen Zeitplan fest zu nageln, es ist uns leider nicht gelungen.

Zu TOP 13a):

Fraktionsvorsitzender Gerold Müller erläutert die Anfragen der CDU-Fraktion zur Stadtmauersanierung vom 01.11.20. Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer gibt folgende Antworten:

1. Wurde mittlerweile eine weitere Initiative vonseiten der Stadt unternommen, um diese bis 2018 durchgeführte Maßnahme fortzusetzen, um u. a. weitere betroffene Privatleute, die Teile der historischen Stadtmauer besitzen, miteinzubeziehen?

- Selbstverständlich wurden verschiedene Initiativen ergriffen, um die Maßnahme fortzusetzen. Eine Vorlage der Bürgermeisterin wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 19.05.2019 allerdings jede weitere Baumaßnahme unter den Vorbehalt weiterer Fördermittel gestellt. Da diese Fördermittel für das Jahr 2019 nicht gewährt wurden, fanden auch keine Baumaßnahmen statt. Für das Jahr 2020 wurden keine Mittel im Haushalt bereitgestellt, da ja die Schenkung der Liegenschaft für dieses Jahr vorgesehen war.

Bezüglich der betroffenen Privatpersonen ist es so, dass die Stadtmauer nicht in allen Bereichen von außen einsehbar ist und es umfangreicher Recherchen bedarf, dies zu ermitteln. Allerdings hat der Magistrat in einem Fall den Willen zur finanziellen Unterstützung signalisiert.

2. Wenn NEIN, warum hat der Magistrat diese konzertierte Aktion unter Einbeziehung der damaligen Initiatoren bzw. deren Nachfolger nicht fortgeführt?

3. Ist es möglich, dass die im Rahmen des Erbbaurechts nun in städtischem Besitz befindliche, sanierungsbedürftige Mauer mit zugehöriger sanierungsbedürftiger Mauerstütze, für die die Stadt die Verkehrssicherungspflicht hat, bei der Planung des Projekts „Bau eines Ärztehauses“ „vergessen“ wurde?

- Die Mauer wurde nicht „vergessen“, sie war erstens durch das vorgebaute Häuschen nicht in Gänze sichtbar, zweitens ist sie nicht über die gesamte Länge in städtischem Besitz und drittens war durch den Bewuchs des Stützpfeilers ebenfalls eine Beurteilung der Mauer nicht möglich. Erst im Laufe der Abriss- und Pflegearbeiten wurde die Mauer so wie sie jetzt ist frei gelegt.

4. In der Ortsbeiratssitzung in Münzenberg vom 12. August 2020 teilte die Bürgermeisterin im Hof des „Ärztehauses“ auf Anfrage eines interessierten Bürgers mit, dass das Projekt „Bau eines Ärztehauses“ im Zeit- und Finanzplan liege.

Auf die Frage des Ortsbeiratsmitglieds R. Berg, ob die Sanierung der stadteigenen Stadtmauer auf diesem Grundstück mitberücksichtigt wurde, hatte Frau Dr. Tammer mit „NEIN“ geantwortet. Somit müssen wir davon auszugehen, dass der von Ihr in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Finanzierungsplan in dieser Form aufgrund der zu erwartenden Mehrkosten nicht mehr einzuhalten ist.

Welche Mehrkosten sind zu erwarten und welche Finanzierungsvorschläge sind von Ihnen vorgesehen?

- Die Probleme an diesem Teil der Stadtmauer waren nicht planbar, da sie nicht ersichtlich waren. Im Haushalt ist nur planbar, was bekannt ist. Die Mehrkosten durch die Stadtmauer im Fall Steinweg 4 liegen schätzungsweise bei ca. 125.000,- €, haben aber mit dem Förderprojekt Ärztehaus Münzenberg nichts zu tun.

Eine Finanzierung ist über Eigenkapital möglich und nach der aktuellen Finanzlage auch sinnvoll.

Münzenberg, 24.11.2020

Manfred Müller
Schriftführer

Manfred Tschertner
Vorsitzendes Mitglied der
Stadtverordnetenversammlung

Anlage 1:

Lautsprecher-Anlage

Lautsprecher und Mikrofone wurden überprüft, die Frequenz der Mikrofone geändert und die Anlage wurde vor und nach der Prüfung einem Langzeittest unterzogen, mit anderen Worten, die Anlage wurde vor der Inbetriebnahme heute auf Herz und Nieren geprüft.

HH-Vollzugsbericht

Der HH-Vollzugsbericht liegt vor.

Sachstand Dorfentwicklungsprogramm 2019

Controlling Termin IKEK im DGH Ober-Hörgern, Vorstellung der WI-Bank, Korrekturen an der bisherigen Arbeit nötig

Der weitere **Zeitplan IKEK** liegt den Stadtverordneten vor.

Zuwendungsbescheid „Förderung der Digitalisierung“

Der Zuwendungsbescheid zur Förderung der Digitalisierung der hessischen Kommunen im Programm Starke Heimat Hessen in Höhe von 10.782,00 Euro ist am 25.09.2020 eingegangen.

BGM Dienstversammlung

Finanzen: Kreisumlage wird um 3,66% gesenkt, Schulumlage bleibt (15%)

Corona: GA: Keine Gruppenversammlungen, egal zu welchem Anlass – Gedenkversammlungen möglich, jedoch unter Genehmigungsvorbehalt

Sachstand Sparkassen-Filiale im Stt. Gambach-Gesprächstermin am 12.10.2020 in der Verwaltung

Herr Kubla versicherte, dass die Sparkasse Oberhessen auch in Zukunft im Stadtteil Gambach mit einem Angebot vor Ort vertreten sein werde. Eine Schließung zum jetzigen Zeitpunkt stehe nicht auf der Agenda. Allerdings räumt er ein, dass bei allen Filialen der Sparkasse Oberhessen jährlich geprüft wird, wie die Kunden das persönliche Angebot und die Selbstbedienungsgeräte vor Ort nutzen. Es sei grundsätzlich eine Tendenz festzustellen, dass persönliche Beratungstermine in den Filialen immer weniger, dafür in den BeratungsCentren (z.B. in Butzbach) zunehmend mehr, wahrgenommen werden. Für alltägliche Bankangelegenheiten nutzen immer mehr Kunden das Online- und Mobil-Banking per Sparkassen-App oder rufen im KundenServiceCenter an.

Angesichts der Infektionslage, die sich augenscheinlich nicht verbessert, geht er persönlich davon aus, dass die Präsenzzeiten der Mitarbeiter auch in absehbarer Zeit noch nicht wieder aufgenommen werden können.

Abschließend weist er noch auf das umfangreiche Alternativangebot der Sparkasse hin, das allen Bedürfnissen der Kunden gerecht werden sollte

Verkehrssituation Bellersheimer Weg

Die Verkehrssituation, die im Rahmen der Verkehrsschau thematisiert werden sollte, wurden bislang durch die wiederholten Absagen der betreffenden Behörden wie Straßenverkehrsamt Wetteraukreis und Polizei ausgebremst. Die Verwaltung hat bereits ein Gespräch mit dem Reit- und Fahrverein bzgl. der Stellflächen terminiert um evtl. hier eine Lösung zu finden. Ebenso ist angedacht eine Einbahnstraßen-Regelung mit Verkehrsberuhigungen in Form von Berliner Kissen o.ä. einzurichten, um den Verkehr direkt vor der Schule zu beruhigen.

Vereinstermine – Veranstaltungskalender 2021

Die Vereinstermine wurden heute an die Druckerei Mandler gegeben.

Es ist beabsichtigt, dass die Heftchen im Dezember 2020 an alle Haushalte verteilt werden.